

Landesfrauenrat Baden-Württemberg
Geschäftsstelle
Gymnasiumstrasse 43
70174 Stuttgart

Stuttgart, 11.10.2024

Antrag „Digitalisierung und KI geschlechtergerecht gestalten und Schutzmaßnahmen aus der analogen Welt implementieren“

zur Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates am 08.11.2024

Antragstellerin: Vorstand des Landesfrauenrates Baden-Württemberg

Die Delegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesfrauenrat BW fordert die Landesregierung von Baden-Württemberg und die entsprechenden Landesministerien auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen, um die Transformation durch Digitalisierung und KI (Künstliche Intelligenz) geschlechtergerecht unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Notwendigkeiten von Mädchen und Frauen in Baden-Württemberg zu gewährleisten. Analoge Schutzräume sind in die Digitalwelt zu integrieren.

Wir appellieren an die Landesregierung, die Digitalisierung geschlechtergerecht mit gezielten Maßnahmen und Prozessschritten umzusetzen, zu fördern und Schutzmaßnahmen zu implementieren:

Maßnahmen zur digitalen Transformation:

- Geschlechtsspezifische Studien zur Datenerfassung in allen Lebensbereichen;
- Paritätische Besetzung mit Frauen und Männern in Gestaltungspositionen der Digitalisierung, in Lehre, Forschung und Führung;
- Zum Gelingen der digitalen Transformation braucht es ein ethisches Leitbild, das auch Frauen und Mädchen beim Aufbau von KI-gestützten Lösungen gleichermaßen einbezieht;
- Transparenz und Kontrolle von KI und diesbezügliche Genderkompetenz ist in allen Verwaltungen und Einrichtungen zu gewährleisten.

Maßnahmen zur Medienkompetenz:

- Im Umgang mit digitalen Produkten, auf Social Media sowie mit KI sind regulatorische Impulse erforderlich für eine ethische, geschlechtergerechte und gesellschaftlich nutzbringende Gestaltung und anschließende Implementierung;
- Kritische Medienkompetenz muss ab dem Kindesalter ausgebildet werden. Alle Bildungseinrichtungen, angefangen von den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung über die Grundschulen bis hin zu den weiterführenden Schulen, müssen so ausgestattet werden, dass die Vermittlung digitaler Kompetenzen für alle Kinder und Jugendlichen gegeben ist. Dabei sind sowohl die Erstausrüstung als auch der operative Betrieb unter Berücksichtigung des Lifecycles finanziell abzusichern;
- Das Schulfach „Informatik“ soll verpflichtend werden und unter anderem die Grundlagen der Software-Entwicklung sowie des Umgangs mit Daten als Basis für

Medienkompetenz und die Gefahren der Diskriminierung, des Mobbing und den Umgang damit beinhalten;

- Die Anforderungen bezüglich der Kompetenz in Digitalisierung und Mediennutzung, Programmierung, KI und im Hinblick auf die jeweiligen Gefährdungen müssen als Pflichtfächer in die Studiengänge und Ausbildungen für pädagogisches Personal integriert werden. Denn nur geschultes Personal kann diese Kompetenzen an Kinder und Jugendliche weitergeben.

Maßnahmen zum mobilen Arbeiten:

- Mobiles Arbeiten als gleichwertige Arbeitsform etablieren: Mobiles Arbeiten muss freiwillig sein und funktioniert nur mit klaren Beurteilungskriterien durch erreichbare und messbare Arbeitsziele;
- Mobiles Arbeiten braucht klare Regeln an Arbeitszeit, Anforderungen an Erreichbarkeit und technischer Ausstattung und muss durch Vorgesetzte unterstützt werden. Mobiles Arbeiten braucht fortlaufende Qualifizierung;
- Um mobiles Arbeiten nutzen zu können, sind sowohl eine angemessene digitale Ausstattung als auch das Wissen um den Umgang mit digitalen Werkzeugen unerlässlich. Studien zeigen, dass es bislang Unterschiede im Zugang zu technischer Ausstattung sowie (bezahlten) Qualifizierungsmaßnahmen vor allem nach Alter, Geschlecht und Position gibt;
- Arbeitgeber:innen sollten allen eine angemessene technische Ausstattung für mobiles Arbeiten zur Verfügung stellen sowie Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen;
- Sensibilisierung im Umgang mit Entgrenzung der Arbeitszeit bzw. Life-Domain-Balance über Fortbildungen zu Resilienz und Zeitmanagement;
- Vertrauenskultur statt Präsenzkultur: Führungskräfte werden befähigt Führung auf Distanz fürsorglich zu gestalten, den Arbeitsschutz mitzudenken und Gesundheitsrisiken zu minimieren.

Begründung:

Durch digitale Technologien entstehen neue Möglichkeiten, Arbeit zu erleichtern und ortsungebunden zu verrichten. Mobiles Arbeiten kann mehr Flexibilität für Beschäftigte schaffen, die ihr berufliches Engagement mit der Erziehung von Kindern oder der Pflege von Angehörigen in Einklang bringen müssen. International und im Wettbewerb um Fachkräfte ist die mobile Arbeit von großer Bedeutung.

Die Algorithmen für KI müssen diskriminierungsfrei erfolgen und verstärkt geschlechterspezifische Daten erfassen. Die KI muss transparent und im Sinne von Frauen und Männern agieren, ethisch in unsere Werteordnung eingebunden und von Menschen kontrollierbar sein. Die Verfälschung der Datensammlung durch fehlende Kategorien wie Geschlecht oder die exponentielle Wirkung einer falschen Datenbasis, weil Frauen unsichtbar sind, sind zu vermeiden.

Die Datenlage für frauenspezifische Belange und Unterscheidungen sind in Studien unterrepräsentiert. Dadurch bezieht sich KI-Analysen auf Datengrundlagen, die unzureichend sind, folglich entsteht ein Gender-Data-Gap, ein geschlechtsbezogener Verzerrungseffekt. Die Gesichtserkennungssoftware z.B. erweist sich als rassistisch und sexistisch, da KI die Gesichter von schwarzen Frauen besonders schlecht erfasst, was bei einer Strafverfolgung gefährlich werden kann. Die geschlechtsspezifische Datenlücke durchzieht sich fast in allen Lebensbereichen, wie Gesundheit, Bildung, Wissenschaft, öffentliche Infrastruktur und Wirtschaft.

Die Zusammensetzung der Tech-Industrie ist vor allem weiß und männlich. Diese entscheiden durch Datenweitergabe über den Rest der Menschheit. Nur knapp 20% Frauen arbeiten laut

Wirtschaftsmagazin „Forbes“ im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz. Leider zeigt sich schon bei der Wahl der Fächer in der Schülerschaft, dass sie häufig geschlechterstereotypen Vorstellungen entspricht: Deutlich mehr Jungen als Mädchen wählen Informatik und Physik, umgekehrt wählen viel mehr Mädchen die Fächer Psychologie/Pädagogik und Musik als Leistungsfächer.

Die Breitbandversorgung ist im ländlichen Raum oft nicht ausreichend gegeben, ist aber für die bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit notwendig. Jedoch ist die Möglichkeit, mobil zu arbeiten, nicht schon per se ein Gewinn an Geschlechtergerechtigkeit. Studien zeigen, dass die Nutzung von Homeoffice / mobilem Arbeiten auch berufliche Nachteile bzw. besondere persönliche Belastungen mit sich bringen kann. Ob diese Arbeitsform sich als Chance oder doch eher als Fallstrick für die Gleichstellung der Geschlechter erweist, hängt von den Rahmenbedingungen und der konkreten Ausgestaltung ab.



Prof.in Dr. Ute Mackenstedt
Erste Vorsitzende Landesfrauenrat BW



Verena Hahn
Zweite Vorsitzende Landesfrauenrat BW